**Anlage zur Urkunde des Notars
Dr. Peter Veit in Heidelberg vom 28.11.2013**

Gesellschaftsvertrag

§ 1

Firma, Sitz

Die Firma der Gesellschaft lautet:

RISQ-IT Lab gemeinnützige GmbH.

Die Gesellschaft hat ihren Satzungssitz in Heidelberg, Neckar.

Der Verwaltungssitz der Gesellschaft wird durch die Gesellschafterversammlung mit Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen festgelegt.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Der gemeinnützige Zweck des Unternehmens ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung einschließlich der Studentenhilfe sowie der Völkerverständigung und Entwicklungshilfe auf dem Gebiet der nachhaltigen, quantitativen, und IT-basierten Finanz-, Investitions- und Risikoforschung und verwandter Wissenschafts- und Bildungsbereiche.
2. Der gemeinnützige Zweck des Unternehmens wird insbesondere verwirklicht durch
 - Aufbau von Fortbildungs- und Weiterbildungsprogrammen,

- IT-basierte Wissensvermittlung auf dem Gebiet der Finanz-, Investitions- und Risikoforschung,
 - Herausgabe von Informations- und Lehrmaterial, sowie Präsentation von Forschungsergebnissen und Handlungsempfehlungen für Unternehmen und Gesellschaft zur Förderung von IT-unterstützten und nachhaltigen Investitions und Risikomanagement Methoden,
 - Durchführung und Unterstützung von akademischen Veranstaltungen wie wissenschaftlichen Kongressen, Konferenzen, Workshops, Seminaren, Exkursionen,
 - Unterstützung von Doktoranden-, Master- und Bachelorprogrammen,
 - Gewährung von Stipendien,
 - Finanzierung von Doktorandenstellen,
 - Vergabe von Forschungsaufträgen und Preisen zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern,
 - Kooperation mit Einrichtungen ähnlicher Zielrichtungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene,
 - Druckkostenbeihilfe, vor allem für wissenschaftliche Veröffentlichungen,
 - Unterstützung von Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern,
 - Entwicklung von Informationstechnologien und Computersoftware zur Unterstützung der Forschung, Bildung, Ausbildung und Erziehung auf dem Gebiet der Finanz-, Investitions- und Risikoforschung sowie verwandter Wissenschaftsbereiche.
3. Die Gesellschaft kann zur Verwirklichung ihres satzungsgemäßen Zweckes einen Zweckbetrieb unterhalten, Hilfspersonen heranziehen, andere Zweckvermögen verwalten, und ihre Mittel

anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaften im gesetzlich zulässigen Rahmen zur Verfügung stellen.

§ 3

Gemeinnützigkeit

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i. S. des Abschnittes "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
2. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemässen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismässig hohe Vergütungen begünstigt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
4. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall des steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an eine steuerbegünstigte Körperschaft zu, welche es ausschliesslich und unmittelbar für die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie der Entwicklungshilfe zu verwenden hat.

§ 4

Stammkapital und Geschäftsanteile

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

€ 25.000,00

- fünfundzwanzigtausend Euro -.

Es wird vollständig von Herrn Prof. Dr. Maxim Ulrich übernommen.

Es besteht ein Geschäftsanteil in Höhe von € 25.000,00 (Geschäftsanteil Nr. 1). Die Einlage auf diesen Geschäftsanteil ist in bar zu erbringen, und zwar zur Hälfte sofort. Der Rest wird mit Anforderung durch die Geschäftsführung fällig. Dieser steht abweichend vom Gesetz die Befugnis zur Einforderung zu.

§ 5

Geschäftsjahr, Dauer

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet am darauffolgenden 31. Dezember.

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.

§ 6

Geschäftsführung und Vertretung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft

von zwei Geschäftsführern gemeinschaftlich oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Jedem Geschäftsführer kann Einzelvertretungsbefugnis erteilt werden.

Jedem Geschäftsführer kann Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilt werden.

Die für Geschäftsführer geltenden Bestimmungen gelten auch für Liquidatoren.

Für die Vergütung der Geschäftsführer gilt § 8 Abs. 8 entsprechend.

§ 7

Gesellschafterversammlungen

Beschlüsse der Gesellschaft werden mit einfacher Mehrheit gefasst, soweit das Gesetz nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt. Von jeder Gesellschafterversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, welches von der Geschäftsführung zu unterschreiben ist. Jährlich ist mindestens eine Gesellschafterversammlung einzuberufen.

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses.

Bilanz und Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind von sämtlichen Geschäftsführern zu unterschreiben.

Die Kosten einer (auch außerordentlichen) Gesellschafterversammlung sind grundsätzlich von der Gesellschaft zu tragen.

Aufsichtsrat

1. Die Gesellschafterversammlung kann durch Beschluß einen Aufsichtsrat einrichten.
2. Wird ein Aufsichtsrat eingerichtet, hat er folgende Aufgaben:
 - Bestellung, Abberufung und Entlastung von Mitgliedern der Geschäftsführung, einschließlich des Abschlusses, der Beendigung und der Änderung von Geschäftsführeranstellungsverträgen,
 - Genehmigung des Haushalts-, Investitions- und Stellenplanes,
 - Entscheidung über die Verwendung der Mittel der Gesellschaft, soweit die Verwendung nicht im genehmigten Haushaltsplan vorgesehen ist,
 - Überwachung und Beratung der Geschäftsführung,
 - Wahl der Abschlußprüfer,
 - Entgegennahme des Jahresberichts.
3. Der Aufsichtsrat hat mindestens ein Mitglied. Die Bestellung erfolgt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung .
4. Die Amtszeit der Aufsichtsratsmitglieder beträgt 3 Jahre. Wiederbestellung ist zulässig. Die Aufsichtsratsmitglieder sind berechtigt, mit einmonatiger Frist ihr Mandat zu kündigen.
5. Der Aufsichtsrat wählt, sofern er aus mehreren Personen besteht, aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Wahl erfolgt für die in Abs. 4 bestimmte Amtszeit. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens des Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden ist unver-

züglich ein Nachfolger für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen zu wählen.

6. Der Aufsichtsrat hält mindestens dreimal jährlich eine Sitzung ab. Die Aufsichtsratssitzung wird schriftlich und bei mehrgliedrigem Aufsichtsrat durch den Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen einberufen.
7. Der Aufsichtsrat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder durch Erteilung einer schriftlichen Stimmbotschaft an ein anderes Aufsichtsratsmitglied vertreten ist. Über die Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift zu erstellen, die vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen und den Mitgliedern des Aufsichtsrats zuzuleiten ist.
8. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich Ersatz ihrer für die Gesellschaft geleisteten Auslagen sowie angemessene Sitzungspauschalen. Beruht die Tätigkeit eines Aufsichtsratsmitglieds auf einem schriftlichen Anstellungsvertrag, so kann die Gesellschaft hierfür eine angemessene Tätigkeitsvergütung leisten.

§ 9

Wettbewerbsverbot

Jedem Gesellschafter oder Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss allgemein oder für den Einzelfall Befreiung von einem etwa bestehenden Wettbewerbsverbot erteilt werden.

§ 10

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.

§ 11

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft übernimmt den notwendigen Gründungsaufwand (insbesondere Notar- und Gerichtskosten, Veröffentlichungskosten, sonstige Rechts- und Steuerberatungskosten) bis zu einem Betrag von zweitausendfünfhundert Euro.

§ 12

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags aus irgendeinem Grund unwirksam sein oder werden, so sollen die hiervon nicht betroffenen Teile des Vertrags rechtswirksam bleiben. Die Gesellschafter sind verpflichtet, für diesen Fall eine Regelung zu vereinbaren, die der unwirksamen Bestimmung in rechtlich zulässiger Weise wirtschaftlich möglichst nahe kommt.

Ende der Anlage